

**OSI-Diplomfeier am 8. Juli 2005**  
**Festvortrag Prof. Dr. Gesine Schwan,**  
**Präsidentin der Europa-Universität Viadrina**  
**"Politik und Vertrauen"**

## **I. Wo liegt unser Problem?**

Vor einiger Zeit zeichnete der Berliner „Tagesspiegel“ in einem Kommentar zum 1. Mai unter dem Titel „Tag ohne Arbeit“ ein Bild schwarz in schwarz: „So deutlich wie an diesem ersten Mai ist es noch nie geworden: Das Herz des deutschen Sozialstaates, das Normalarbeitsverhältnis, ist schwer krank. Und niemand weiß, wie ihm zu helfen ist. Die Angreifer kommen von außen. Sie heißen Verlagerung von Arbeitsplätzen und Lohnkostenvorteil, oder: Dynamik der Märkte. Sie kommen aber auch von innen. Da heißen sie verschärfte Zumutbarkeitsregeln, Werkvertrag oder Minijob und unterhöheln den Normaljob. Vordergründig. Tatsächlich sind diese Regeln Notoperationen, damit das System nicht ganz kollabiert.“ Und weiter heißt es: „Für die Arbeitnehmer kommt es noch dicker: Die breite Lohnsenkungsdebatte – auch die Forderungen nach längerer Arbeitszeit gehören dazu – hat längst auch die Facharbeiter und Ingenieure bei den Werkzeugmaschinenherstellern und bei den großen Autokonzernen erreicht. Wenn aber selbst in den produktivsten und innovativsten Unternehmen künftig für gleichbleibende Einkommen länger gearbeitet werden muss, heißt das, dass niemand verschont bleiben wird. In Deutschland wird es kaum Gewinner in dieser Auseinandersetzung geben. Das ist, trotz der lauten Reden, die unausgesprochene Einsicht des Tages der Arbeit. Viel gewonnen wäre schon, wenn es weniger Verlierer gibt.“

Wenn man der Kommentatorin Ursula Weidenfeld folgt, leben wir auf einem sinkenden Schiff, und nirgends ist Land zu sehen. Keine guten Voraussetzungen für das, was das Frühjahrsgutachten der fünf Forschungsinstitute als ein zentrales Defizit Deutschlands formuliert inmitten einer Weltwirtschaft im Aufschwung: „Die Binnennachfrage blieb hingegen schwach.“ Dies gilt vor allem für den privaten Konsum, von dessen Steigerung aber Entscheidendes abhängt.

Es ist ein Gemeinplatz geworden: Die Deutschen haben Geld, aber sie sparen. Ein rein ökonomischer Befund, den man mit besseren ökonomischen Rezepten beheben kann? Muss hier nur ein Superökonom ran oder eine Partei, die entschlossen auf noch radikalere, noch einschneidendere Kürzungen bei den Sozialversicherungen zusteuert, und alles wird besser? Wird das endlich den Faulen Beine und sie bereit machen, für weniger Geld zu arbeiten und das „weniger Geld“ dann auch schnell wieder auszugeben, um die Konjunktur anzukurbeln? Werden die Deutschen begeisterte Europäer werden, wenn sie in Sachen Lohnniveau und Sozialversicherung in einen Wettlauf nach unten geschickt werden mit den Polen, den Ukrainern? Werden sie sich glücklich schätzen über die Erweiterung der Europäischen Union und begeistert in die Geschäfte laufen, um ihr Geld auszugeben?

Eine kürzlich fertiggestellte Studie über den Wirtschaftserfolg in den mittelosteuropäischen Transformationsländern attestiert der bulgarischen Wirtschaftspolitik, dass sie nach den Regeln der ökonomischen Kunst alles ganz richtig gemacht hat, und doch stellt sich der Erfolg des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht ein, weil die Menschen kein Vertrauen in ihre Zukunft haben, ihr Geld zurück

halten und auf diese Weise an der Negativspirale immer erneut drehen, die sie hinabzieht. Die zentrale Ressource, an der es fehlt, so diese Studie über Bulgarien, ist das Vertrauen in die Verlässlichkeit der sozialen Verabredungen, der rechtlichen Rahmenbedingungen, der gesellschaftlichen Akteure und der politischen Institutionen. Da man auf sie noch nicht baut, sichert man sich lieber individuell so gut es geht – denn auch die Familien werden instabiler - und hält alles fein zusammen. Die Gesellschaft fällt weiter auseinander, um voranzukommen, müssten die Menschen aber gerade enger und verlässlicher miteinander kooperieren.

Was für Bulgarien gilt – die grundlegende Bedeutung des Vertrauens für eine gedeihende Wirtschaft, beruhend auf der Einsicht, dass die Ökonomie in der Wirklichkeit kein isolierter Sektor ist, sondern das Resultat von menschlichem Verhalten, das man in seiner ganzen Komplexität berücksichtigen muss, wenn man erfolgreich wirtschaften und Politik machen will – das gilt auch, so behaupte ich, für Deutschland. Was in Deutschland zur Zeit fehlt, damit es wieder aufwärts geht, ist die Ressource Vertrauen. Vertrauen hat viele Facetten, *(die ich zunächst etwas entfalten möchte, um sie nachher wieder auf unsere Situation in Deutschland am Beginn eines neuen europäischen Zeitalters anzuwenden.)*

## **II. Die grundsätzliche Bedeutung von Vertrauen für Politik und Wirtschaft in der Demokratie**

Niccolò Machiavelli, dem man gemeinhin nüchternen Realitätssinn zuspricht, resümiert in seinen „Discorsi“ die Erfahrungen mit der römischen Geschichte in dem Satz: „Will es aber das Schicksal, das das Volk zu niemandem Vertrauen hat, wie es manchmal der Fall ist, wenn es schon früher einmal durch die Umstände oder durch die Menschen getäuscht worden ist, so stürzt es unaufhaltsam in sein Verderben.“ (Discorsi, Stuttgart 1977, Bd.I, 53, S. 136). Dabei denkt Machiavelli *(anders als in seinem berühmteren „Fürsten“, von dem unser heutiger Begriff des Machiavellismus stammt,)* an die Voraussetzungen für das Gedeihen einer freiheitlichen Republik. Das verweist auf den grundlegenden Zusammenhang zwischen Vertrauen und freiheitlichem Gemeinwesen, auf den ich zunächst eingehen möchte.

Es gibt verschiedene Motive und Gründe, dass Menschen aufeinander zugehen, miteinander Vereinbarungen treffen, zusammenarbeiten und politisch zusammenleben: Zwang, Eigeninteresse, Freude an anderen Menschen oder der Wunsch, gemeinsam die Grundbedürfnisse nach Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten und den Wohlstand zu mehren. In Deutschland und in Europa, ja in der Welt wollen wir nicht unter Zwang leben, vielmehr sind Freiheit, Sicherheit und Wohlstand unsere Devise, wobei gerade der Zusammenhang von Freiheit und Sicherheit auch allen großen Liberalen immer bewusst war. „Politische Freiheit...“, so Montesquieu, „ist jene geistige Beruhigung, die aus der Überzeugung hervorgeht, die jedermann von seiner Sicherheit hat“ (Montesquieu, Vom Geist der Gesetze, XI: Buch, 6. Kap., Reclam hrg. von Kurt Wiegand, Stuttgart 1965). Damit meinte er die Sicherheit vor Willkür, ohne die man sich nicht frei äußern und politisch betätigen würde. In den folgenden Jahrhunderten im Zuge der Industrialisierung und der verschärften Klassengegensätze lernte die Politik, über die Parteien hinweg, dass es auch eine grundlegende soziale Sicherheit braucht, wenn Menschen *ein freiheitliches Gemeinwesen*, eine freiheitliche Demokratie tragen sollen.

Unter freiheitlichen Bedingungen aber kann es diese Sicherheit nicht ohne Vertrauen geben, weil man immer damit rechnen muss und will, dass die Partner – im privaten Vertragsverhältnis, in der geschäftlichen Kooperation, in der politischen Verabredung – aus freien Stücken handeln, dass also Verlässlichkeit, ohne die Zusammenarbeit nicht gelingen kann, auf die freiwillige Zusage der Partner angewiesen ist. Daher haben auch die immer erneut thematisierten sog. Sekundärtugenden ihren guten Sinn und wichtigen Stellenwert, wenn sie im Dienste der demokratischen Grundwerte stehen und nicht für gegenteilige Ziele instrumentalisiert und pervertiert werden, was in der deutschen Geschichte leider mit verhängnisvollen Folgen geschehen ist.

Nun ist der Rechtsstaat immerhin eine wichtige Institution, um die Freiheit gleichsam zu stabilisieren, um dem Bruch der freiwilligen Zusage rechtliche, staatliche verbürgte Sanktionen anzudrohen. Deshalb ist dessen Einrichtung gerade in den Transformationsgesellschaften so wichtig, nicht zuletzt, um die Wirtschaft zu entwickeln. Aber nicht jede kleine Kooperation kann rechtlich abgesichert werden. Vor allem stellt eine übermäßige rechtliche Ansicherung ein gravierendes Hemmnis dar, weil dann jede gemeinsame Handlung viel Zeit kostet, die Spontaneität und Kreativität, auch das oft erforderliche Tempo, in dem Entscheidungen umgesetzt werden sollten, auf der Strecke bleiben. *Die Ökonomen nennen das „Transaktionskosten“, und sie haben längst erkannt, dass Vertrauen diese „Transaktionskosten“ zu aller Vorteil erheblich mindert. Wenn wir in Deutschland immer wieder die Überregulierung beklagen, dann ist damit auch ein Vertrauensmangel angesprochen, für den es im übrigen nicht zuletzt langfristige historische Gründe gibt, auf die ich in einem kleinen Exkurs eingehen will.*

*In der öffentlichen Diskussion wird gegenwärtig oft – und dies mit einem missbilligenden, manchmal pädagogischen Unterton - auf ein angeblich übertriebenes Sicherheitsbedürfnis der Deutschen und auf dessen Pendant, eine große Angstbereitschaft, hingewiesen. Im ökonomische Kontext erinnert man an die Erfahrung der Inflation in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, die bei den Deutschen über Generationen hinweg ein überdurchschnittliches Bedürfnis nach Geldwertstabilität hervorgerufen habe. Wichtig und richtig ist dabei der Hinweis, dass grundlegende Einstellungen und Mentalitäten sich jahre- ja oft Jahrhunderte lang herausbilden und halten und in den sog. informellen Milieus, insbesondere den Familien, tradieren. Sie können also nicht durch kurzfristige psychologische Vermutungen aus dem Bauch heraus zureichend erklärt werden. (Auch hier liegt übrigens häufig ein Mangel allzu engen ökonomischen Denkens, das häufig auf unbedachten alltagspsychologischen Annahmen beruht, die einer sorgfältigen Prüfung nicht standhalten. Ganz zu schweigen vom Grundmuster des sog. homo oeconomicus, der angeblich ganz rational und nur nach einem genau berechneten individuellen Interesse, sprich: Vorteil handelt und entscheidet. Dies Grundmuster ist mit Sicherheit nicht realitätstüchtig.)*

*Ja, auch wenn man das Bedürfnis nach Sicherheit, wie ich es vorhin getan habe, als eine anthropologische Konstante, als ein Motiv jenseits aller kulturellen und historischen Unterschiede betrachtet, kann man feststellen, dass den Deutschen ganz besonders daran liegt. Langfristige historische Mentalitäten haben vielschichtige Ursachen. Dennoch möchte ich es wagen, einige zu nennen. Eine zentrale traumatische Erfahrung der Deutschen war der Dreißigjährige Krieg, der Tod, Verwüstung und Schuld in unglaublichem Maß für Deutschland in seiner geographischen Mittellage gebracht hat und im Westfälischen Frieden nur durch ein*

*strenges Reglement befriedet hat werden können, das das spontane private Zusammenleben der Deutschen durchaus erschwert hat. Vielleicht war das unvermeidlich. Aber wenn in Augsburg bis ins 19. Jahrhundert hinein der Alltag von Protestanten und Katholiken streng geteilt blieb, wenn sie zwar zusammen Geschäfte schließen, aber nicht privat feiern konnten, wenn der Frieden nur gewahrt werden konnte, wenn die Regeln streng beachtet wurden, dann wirft das ein erhellendes Licht sowohl auf die Angst der Deutschen vor Unfrieden und Konflikten, als auch auf die Schwierigkeit, eine dem angelsächsischen Leben analoge Zivilgesellschaft aufzubauen, die auf andere zugeht, also ein Anfangsvertrauen entgegenbringt, an das dann engere Kooperationen anknüpfen können. Dies ist allerdings in meiner Sicht kein Grund, den pädagogischen Zeigefinger zu heben, sondern zur Selbstverständigung der Gesellschaft die Schwierigkeiten zu erläutern und mutig dennoch mit einer eigenen Vertrauensvorgabe voranzugehen.*

Auch der Liberale Immanuel Kant, in der deutschen Tradition durchaus zurückhaltend in Sachen gesellschaftliches Vertrauen, wollte handfeste und tragfähige Regelungen lieber für ein „Volk von Teufeln“ finden und erlegte den Menschen ein strenges Pflichtethos auf. Sein Vertrauen in die „ungesellige Geselligkeit“ der menschlichen Natur war durchaus begrenzt. Das unterscheidet ihn als deutschen Philosophen von angelsächsischen Liberalen wie Adam Smith oder John Stuart Mill. Dennoch war ihm durchaus bewusst, dass ohne ein Grundvertrauen der Menschen in sich selbst, in ihre eigene Verlässlichkeit und in die der anderen weder Frieden noch Rechtsstaat möglich sind. Selbstvertrauen ohne Überheblichkeit kann man, so Kant, aufbauen, wenn man es sich zur Gewohnheit macht, „seinen bisher geführten Lebenswandel mit seinem gefassten Vorsatze“ zu vergleichen. Darüber hinaus aber muss auch „irgend ein Vertrauen auf die Denkart des Feindes“ sogar „mitten im Kriege übrig bleiben, weil sonst auch kein Friede abgeschlossen werden könnte, und die Feindseligkeit in einen Ausrottungskrieg ... ausschlagen würde...“ Dies gilt für alle Arten von Kriegen, ist hochaktuell und behält seine Richtigkeit bis in die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen hinein. Auch wo nicht mit Gewalt und mit Waffen gekämpft wird, muss ein Vertrauen in den Gegner, in seine Verlässlichkeit, aber auch in einen Mindestbestand an gemeinsamen langfristigen Interessen bleiben, sonst läuft die jeweilige Strategie auf die letzte Ausschaltung des Gegners hinaus, gegen die er sich verständlicherweise in Angst und ohne die erforderliche Flexibilität wehrt.

### **III. Vertrauen als entscheidende Ressource für einen neuen Aufschwung**

Dies ist in meiner Sicht auch der Grundbefund unserer gegenwärtigen innergesellschaftlichen Blockaden. Sie speisen sich aus langfristigen historischen Ursachen von Misstrauen und Angst – *das zwanzigste Jahrhundert hat den angedeuteten Gründen noch einmal weitere massive hinzugefügt* -, und aktuell aus den Herausforderungen der Globalisierung und der neuen Weltarbeitsteilung, die trotz der Erfolge z.B. des kooperativen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit im Westdeutschland der Nachkriegszeit alte Misstrauenspotenziale wieder wirksam werden lassen. *Damit kehren wir zu unseren gegenwärtigen Herausforderungen zurück.*

Am Thema „Überregulierung“ und seinem Gegenbegriff der „Deregulierung“ lassen sie sich illustrieren. Hinter der Forderung nach Deregulierung, die zur Zeit oft zur

Ankurbelung der Wirtschaft erhoben wird, verbergen sich sehr unterschiedliche Dinge, die auseinander zu halten für eine erneute Vertrauensbildung in Deutschland sehr wichtig ist: Denn Regeln zu vereinfachen kann heißen, sachlich unnötige Hindernisse abzubauen, behördliche Entscheidungen schneller zu fällen, damit Initiativen rascher vorankommen. Eine ganz andere Bedeutung liegt im Abbau von Regeln, die politisch gewollt sind, weil sie zum Beispiel mit Blick auf langfristige gemeinwohlorientierte Interessen, auf die Nachhaltigkeit von Politik, auf die Vereinbarung von ökonomischen und ökologischen Zielen wirtschaftliche Tätigkeit gestalten sollen. Wenn beide Bedeutungen bewusst oder unbewusst in der Forderung nach „Abbau bürokratischer Hemmnisse“ in einen Topf geworfen werden, dann schafft das Misstrauen und hindert die Zusammenarbeit.

Deshalb gehört die Sorgfalt der Unterscheidung, ganz allgemein und vor allem in der öffentlichen Debatte, zu den wichtigsten Quellen der Vertrauensbildung. Dafür ist nicht nur die Politik, sondern die Gesellschaft als ganze verantwortlich, und vor allem, diejenigen, die für sich in Anspruch nehmen, zur Elite zu gehören. Sorgfältige Unterscheidungen sind übrigens auch eine Forderung der Gerechtigkeit, die ein wesentliches Element von Vertrauenswürdigkeit ausmacht. Wer alle politische Ziele durcheinander mischt – eine notorische Taktik von Demagogen –, wird denen nicht gerecht, die diese Ziele vertreten, provoziert deren Misstrauen und sät es zwischen den Menschen und den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Damit ist der Zusammenhang von Vertrauen und den Grundwerten einer demokratischen Gesellschaft angesprochen.

Denn Vertrauen fällt nicht vom Himmel, kann nicht herbeigeredet, auch nicht gekauft oder erzwungen werden. Personen und Institutionen müssen es sich verdienen. Vertrauen gewinnen Personen, denen man Wahrhaftigkeit, Mut und Gerechtigkeit, aber auch Kompetenz zuschreibt. Bei ihr handelt es sich um eine besondere, aber gerade keine Spezialistenkompetenz. Denn Gerechtigkeit verlangt die faire Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen, die Bereitschaft und die Fähigkeit, sie begründet und kontrollierbar abzuwägen und sich dazu der demokratischen Öffentlichkeit, dem wichtigsten Medium einer lebendigen und stabilen Demokratie, auszusetzen. Es ist die Kompetenz, die Zusammenhänge, in denen nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche, kulturelle, soziale Entscheidungen gefällt werden, bewusst zu suchen und zu erkennen, um das Maß unbeabsichtigter und abträglicher Wirkungen so klein wie möglich zu halten. Die Kompetenz öffentlicher Vertrauensträger verlangt ein umfassendes und systematisches Ordnungsdenken, und in der Gegenwart zumal. Und sie verlangt, sich der Prüfung durch die demokratische Öffentlichkeit zu stellen.

Denn der Vertrauensverlust, unter dem Regierungen und Institutionen aller westlichen Demokratien seit langem, in der Gegenwart aber verstärkt und mit gefährlicher Beschleunigung leiden, rührt nicht einfach aus Mängeln einzelner Personen. Er rührt nicht nur aus dem gleichsam normalen Maß an Unzulänglichkeit, das uns Menschen als endliche Wesen nun mal nach der Einsicht weiser Traditionen auszeichnet, sondern aus der globalen Entgrenzung von kulturellen, technischen und vor allem wirtschaftlichen Entwicklungen, auf die begrenzte nationalstaatliche Politik immer weniger Einfluss nehmen kann. Und doch erwarten dies die Menschen von der Politik. Dabei sind wir mehr denn je, und das wird eher noch wichtiger, angesichts der zunehmenden Differenziertheit, Komplexität und Anonymität unserer Gesellschaften auf Vertrauen angewiesen, schon für die einfachsten Handlungen.

Wenn wir eine Fahrkarte lösen, bauen wir darauf, dass es sich dabei nicht um eine Fälschung handelt. Wenn wir ein Taxi bestellen, rechnen wir damit, dass es uns zum gewünschten Ziel bringt. Wenn wir ein Bankkonto einrichten, setzen wir auf die Liquidität der Bank, wenn wir ins Flugzeug steigen, erwarten wir, dass die Fluglotsen ihre Arbeit tun.

Ebenso bauen die Menschen darauf, dass die Politik ihre Aufgaben erledigt, aber sie kann das angesichts der begrenzten Reichweite nationalstaatlicher Entscheidungen nur wieder, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden: Wenn ihre Entscheidungsräume größer werden, so dass sie einen größeren Sektor vor allem wirtschaftlicher Aktivitäten beeinflussen kann. Und wenn ihr aus den Gesellschaften ein Grundkonsens entgegen kommt, der gerade in Zeiten wichtiger Transformationen und Reformen die Flexibilität sichert, die dazu unabdingbar gehört. Eben dieser Grundkonsens ist – so meine These –, in Deutschland gegenwärtig nicht tragfähig vorhanden, war es vielleicht auch früher nicht in dem Maße, wie wir angenommen haben, als Politik unter Bedingungen des Wirtschaftswachstums und generell positiver Zukunftserwartungen stattfand. Rhetorisch lautete der Grundkonsens, dass wir Deutschen alle in einem freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat leben wollen, wie ihn das Grundgesetz vorsieht. Dass es uns auch im täglichen Leben um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geht – dies sind die Grundwerte, in denen die parlamentarischen Parteien zumindest verbal übereinkommen. Aber interessieren wir uns wirklich für die Freiheit und die Gerechtigkeit in den Regionen, denen es in Ost-, aber inzwischen auch in Westdeutschland schlecht geht? Schauen wir wirklich danach, wie junge Familien zurecht kommen und ihren Kindern eine Hoffnung spendende Zukunft bieten sollen, wenn die Rahmenbedingungen partnerschaftliche Familien kaum ermöglichen? Nehmen wir Anstoß daran, wenn es erklärtes Unternehmensziel ist, junge Mitarbeiter, solange sie es schaffen, bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu nutzen, Profit aus ihrer Bindungslosigkeit und ihrer entsprechenden hohen Mobilität zu ziehen, und sie, wenn das alles nicht mehr winkt, eben zu entlassen? Überlegen wir dann noch, wie solches Verhalten mit der Klage über die demographische Entwicklung zusammenpasst?

Hier ergibt sich die Möglichkeit, die Verknüpfung der verschiedenen Elemente von Vertrauen zu verdeutlichen: Ich sprach von Wahrhaftigkeit, Mut, Gerechtigkeit und Kompetenz, die dazu gehören, wenn Personen und - abgeleitet davon – auch Institutionen Vertrauen gewinnen wollen. Es zeugt von einem Mangel an Wahrhaftigkeit, Mut, Gerechtigkeit und Kompetenz, wenn wir das Spannungsverhältnis zwischen der Forderung nach mehr Kindern (die ja wohl nicht in Legeanstalten zur Welt gebracht werden sollen) und einer bedenkenlosen Ökonomisierung des Zusammenlebens nicht thematisieren und politisch klug lösen. Entweder wir benutzen die jungen Menschen nur zum betriebswirtschaftlichen Gewinn, dann sollen wir keine Familiengründungen erwarten, oder wir wenden mehr Fantasie auf, um den notwendigen Gewinn mit den Voraussetzungen lebendiger Familien zu vereinbaren. Entweder wir verfechten enge partikularistische Ziele der nationalen Arbeitsplatzsicherung oder der Senkung von Lohn- und Sozialkosten auf das Niveau unserer mitteleuropäischen Nachbarn, oder wir erfüllen die erweiterte Europäische Union mit Leben und vermeiden einen regressiven Nationalismus, der sein Gesicht bereits durchaus deutlich zeigt, in West- und Osteuropa. Es gehören Mut und Gerechtigkeit dazu, eingefahrene Denkschemata aufzulösen und die Palette möglicher Wege zu erweitern, die die Chance kreativer Lösungen, die Chance des erneuten Vertrauensgewinns in demokratische Politik eröffnen.

Damit komme ich auf den eingangs zitierten Kommentar zurück, der den Mainstream dessen repräsentiert, wie heute die Frage der deutschen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, der Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung und einer neuen Weltarbeitsteilung öffentlich diskutiert wird. Zu diesem Mainstream gehört de facto eine Entmutigung eines großen Teils der Bevölkerung und eine gründliche Diskreditierung des Reformbegriffs, mit dem die Gesellschaft in der Regel niedrigere Löhne und zunehmende soziale Unsicherheit, auch Ungerechtigkeit verbindet, ohne dass der größere Zusammenhang, in dem sie angestrebt werden, eine zukünftige Perspektive, die irgendwelche Hoffnungen erweckt und damit Initiativen freisetzt und der Zusammenhang mit unserem demokratischen Grundkonsens auch nur ansatzweise skizziert würden. Als Begründung gilt, dass diese Art von Reformen notwendig seien. Um unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die Forderung der Bundesregierung nach Innovationen werden in der Öffentlichkeit nur als Nebenwerk der „eigentlichen“ Sparreformen diskutiert, nicht als der Bereich, in dem die entscheidende, eintig realistische Aussicht besteht, die Herausforderung der Globalisierung und der neuen Weltwirtschaftsteilung in einer erweiterten Europäischen Union erfolgversprechend zu beantworten.

Hier liegt das erste und grundlegende Defizit der öffentlichen Debatte und derer, die den Reformbegriff einseitig auf die Reduzierung der Arbeits- und Sozialkosten verengen und so zu einer Drohung verkommen lassen. Wollten wir wirklich auf diesem Felde den Wettbewerb gewinnen, dann müssten wir uns jetzt auf das Lohnniveau von Südostasien begeben, von wo die wichtigste Billiglohnkonkurrenz ausgeht. Spricht man diese immer nur implizite Perspektive deutlich aus, dann zeigt sich die Absurdität dieses Weges, der, diffus wie er gelassen wird, zu Recht nur Ängste und Sparen in der Bevölkerung auslöst. Selbst wenn wir unsere soziale Sicherung finanziell von den Arbeitskosten abkoppeln müssen – dafür spricht viel, und Anstrengungen in diese Richtung sind durchaus hilfreich und innovativ – werden wir auch bei den reinen Lohnkosten nicht auf das Niveau unserer diesbezüglichen Wettbewerber kommen oder wollen.

Statt dessen ist es, dies lehrt ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte, zumal in die Geschichte der Globalisierung, durchaus vernünftig, niedrigere Produktionskosten z. B. in Polen und den anderen mittelosteuropäischen Ländern zu nutzen, dort neue Märkte und Kaufkraft zu schaffen, die der deutschen Wirtschaft im übrigen, wie die Zahlen zeigen, auch für die Stabilisierung und Erweiterung der Arbeitsplätze in Deutschland durchaus zugute kommen. Die Perspektive sollte – gemäß der Grundidee des Freihandels – eine globale intelligente Steigerung des Wohlstands nicht eine globale Regression sein, die alle schrecklichen Begleiterscheinungen nach sich zöge, die wir in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts so furchtbar erlebt haben. Die Wähler der Nationalsozialisten waren nicht die akut Armen, sondern vor allem solche Schichten, die kein Vertrauen mehr in ihre Zukunft hatten. Das Projekt der erweiterten Europäischen Union gelingt, wenn die Menschen ein Zukunftsvertrauen zurückgewinnen und bewahren können.

Unsere Anstrengungen müssen sich deshalb auf die Dimension richten, in der wir den Wettbewerb realistischer Weise kooperativ mit der Aussicht auf beiderseitige Gewinne auch mit den neuen Mitgliedstaaten der EU gewinnen können: auf die Dimension der innovativen Produktion, sowohl in Bezug auf die Produkte als auch

auf die Produktionsverfahren. Dazu sind eben die viel beschworenen Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung von Nöten, und zwar sowohl im Technologie- und Naturwissenschaftsbereich als auch in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften. Denn in Deutschland besteht noch nicht ein Mangel an Wissen und Patenten – da sind wir mit Japan und den USA noch in der oberen Liga –, wohl aber an produktiven Umsetzungen. Sie sind in erheblichem Maße von kulturellen Faktoren abhängig, von unternehmerischer Fantasie, Kommunikationsfähigkeit, sozialer Kompetenz, von der Kenntnis unterschiedlicher historischer Horizonte, die das Gesichtsfeld öffnen und aus der Erfahrung der Geschichte neue Perspektiven für den Weg in die Zukunft öffnen. Auch die Vertrautheit mit unterschiedlichen Kulturen gehört dazu, sie weckt die Fantasie, gibt Einsicht in unterschiedliche Märkte und erleichtert die Kooperation über den eigenen Tellerrand hinweg.

Zur Zeit sind wir leider noch nicht so weit. Anstatt das langfristige gemeinsame Interesse an der zukunftssträchtigen Perspektive der Erneuerung zu entwickeln und damit wieder an einem Strang zu ziehen, dafür auch im Vertrauen auf dieses gemeinsame Interesse konstruktiv über die notwendigen Flexibilitäten zu verhandeln (die dann eben zu beiderseitigem Vorteil gedeihen können), ziehen sich zur Zeit Arbeitgeber und Gewerkschaften gleichsam in ihre Festungen zurück. Sie wiederholen gebetsmühlenartig ihre unvereinbaren Forderungen nach immer weiterer Senkung von Lohnkosten und Anhebung von Arbeitszeit einerseits (mit denen der Wettbewerb nicht gewonnen werden kann), nach Abwehr von Produktionsverlagerungen andererseits (die marktwirtschaftlich auf Dauer nicht gelingen wird und der Kooperation in der EU entgegensteht). Die Öffentlichkeit, die viel klüger ist, als viele annehmen, erkennt die Aussichtslosigkeit solcher Konfrontation und verliert ihr Vertrauen nicht nur in die Politik, sondern auch in die großen gesellschaftlichen Akteure, die jeweils immer nur die eine Seite der Medaille thematisieren. So geht das Zukunftsvertrauen vor die Hunde, die Menschen sparen, und die Binnennachfrage, die doch durch Senkung von Steuern und Arbeitskosten angekurbelt werden und die Sozialkosten senken soll, bleibt aus. Die Fortsetzung dieser Negativspirale, die aus einem Mangel an Zukunftsvertrauen und Kreativität, an gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Anerkennung der großen gesellschaftlichen Akteure rührt, lässt demokratischer Politik kaum noch Handlungsspielraum. Sie ruiniert das Zukunftsvertrauen immer mehr und kann nicht nur den Aufschwung in Deutschland, sondern auch das wirtschaftliche und kulturelle Gelingen der Europäischen Union unterminieren.

Wenn wir aber eine gemeinsame Zukunftsperspektive und das Zukunftsvertrauen zurückgewinnen, dann wird es auch sehr viel leichter, die notwendigen Flexibilitäten aufzubringen. Denn es kann gut sein, dass Friktionen des Übergangs durch zeitweilige Senkung von Lohnkosten und Verlängerung, wahrscheinlich eher: Flexibilisierung der Arbeitszeiten entschärft werden müssen. Zugleich aber ist die Chance, die Binnennachfrage zu erhöhen, größer, wenn man denjenigen, die trotz intelligenter Ersatzproduktionen ihren Arbeitsplatz verlieren und keinen neuen finden können, durch eine notwendige soziale Sicherung ihr Vertrauen in die Zukunft lässt, so dass sie den Konsum nicht drastisch reduzieren.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung eines intelligenten, nachhaltigen Wachstums bleiben auf dem Gebiet der Wirtschaft unsere dingendste Aufgabe. Er kann nur gelingen, wenn wir die Einbettung der Wirtschaft in ihre außerökonomische

Zusammenhänge erkennen. Der wichtigste ist das Grundvertrauen unserer Gesellschaft darein, dass wir genügend gemeinsame Wertüberzeugungen und langfristige Interessen haben, so dass wir uns über die politischen und ökonomischen Schritte im einzelnen tüchtig streiten können. Dann ist dieser Streit inhaltlich und für die Auslotung aller Möglichkeiten förderlich. Dann verbindet dieser Streit, weil er uns alle weiter bringt. Dann müssen wir uns auch nicht mit diesem trostlosen Panorama des eingangs zitierten Kommentars begnügen, dass wir alle nur verlieren können und es höchstens noch darauf ankommen mag, etwas weniger zu verlieren.

#### **IV. Wie bauen wir wieder Vertrauen auf?**

Da Angst und Misstrauen, wie oben kurz skizziert, oft langfristige historische Wurzeln haben, kann man sie nicht von heute auf morgen überwinden. Robert Putnam hat in seiner berühmten Studie über die Demokratie in Italien („Making Democracy Work“) den Begriff des „Sozialkapitals“ fast populär gemacht. Seine Analyse ging der Frage nach, warum Norditalien wirtschaftlich floriert, während Süditalien kaum voran kommt. Als Grund stellt er den Mangel an gesellschaftlichem Vertrauen in Süditalien fest, dem im Norden eine lange Geschichte von gesellschaftlichen Vereinigungen, von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten entgegensteht, die haltbare Vertrauensnetze gespannt haben. Sie bringen die Gesellschaft viel besser als im Süden Italiens zusammen, stärken die schnelle Verständigung über Initiativen, bewirken durch diverse persönliche und institutionelle Vertrauensträger jene von Fachökonomem gelobte „Reduktion von Transaktionskosten“, die wirtschaftliche Prosperität begünstigt. Wie nun aber der Negativzirkel des Misstrauens in Süditalien zugunsten eines positiven Vertrauensschubs überwunden werden kann, dies ist auch für Putnam eine entscheidende Frage. Seine Antwort: Persönliche Vertrauensträger müssen initiativ werden und Netze spannen, wie sie im Norden schon vorhanden sind. Der Bürgermeister von Palermo ist z.B. ein solcher Vertrauensträger.

Davon können wir lernen. Wenn wir –im Osten wie im Westen Deutschlands! – die Schwierigkeiten des italienischen Mezzogiorno vermeiden wollen, müssen wir sehr schnell die Grundlagen an gesellschaftlichen Vereinigungen und an zivilgesellschaftlichen Initiativen, die wir ja haben, stärken. Wir hatten z. B. in Westdeutschland nach 1945 durchaus zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ein Verhältnis der „antagonistischen Kooperation“, das auf einem Grundkonsens über die soziale Marktwirtschaft und den deutschen Sozialstaat, damit auf einem Grundvertrauen beruhte. Dieser Grundkonsens besteht heute m.E. nicht mehr. Es kommt darauf an, ihn erneut zu gewinnen. Dazu böten sich Konsensgespräche an, die gerade nicht auf konkrete politische Entscheidungen, sondern , auch mit Hilfe der Wissenschaft, auf eine breitere analytische Klärung der Entscheidungsalternativen zielen sowie auf die Erarbeitung dessen, was wir das gemeinsame und langfristige wohlverstandene Interesse der wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Akteur und der zivilgesellschaftlichen Initiativen nennen können. Meines Erachtens wäre es auch eine herausragende Aufgabe der künftigen Bundespräsidentin oder des künftigen Bundespräsidenten, solche Konsensgespräche in Gang zu bringen und zu moderieren.

Haben wir mehr Vertrauen zu uns selbst, zu unserer Fähigkeit, die Situation umfassender als bisher zu analysieren, damit unsere gemeinsamen wohlverstandenen und langfristigen Interessen zu erkennen, mit Kreativität an die

wirklich chancenreichen Aufgaben zu gehen und wohlbegründet eine neue Zukunftszuversicht zu gewinnen. Ich möchte als Bundespräsidentin dazu beitragen. Deshalb kandidiere ich für dieses Amt und deshalb hoffe ich auf die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler in der Bundesversammlung, die meine Analyse teilen und wie ich einer gedeihlichen Zukunft Deutschlands den Vorrang geben.